



Kontrolle über die Lebenszeit

Karl Marx wollte die Ausbeutung beendet wissen. Teil 6 unserer Arbeitszeit-Serie. Seite 16

Neuanfang durch Fußball

In Amsterdam startet am Wochenende die Obdachlosen-WM. Seite 19

Tag der Mahnung

Die Erinnerung an die Shoah ist notwendig wie nie. Seite 14

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Foto: 123rf.com/piccaya



Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

Freitag, 11. September 2015

70. Jahrgang/Nr. 212

STANDPUNKT

Das Hamsterrad soll sich drehen

Simon Poelchau meint, fünf Euro mehr ALG II sind nicht genug

Hartz IV hat seit zehn Jahren den Arbeitsmarkt hierzulande revolutioniert – und zwar zum Schlechteren. Es hat das Hamsterrad, in dem sich die Angestellten dieses Landes befinden, beschleunigt. Die Verunsicherung hat zugenommen, dass man trotz aller Anstrengungen nicht doch aus diesem teuflischen Rad hinaus ins Nichts geschleudert werden könnte.

Doch eine schwarz-rote Regierung wird daran nie wirklich etwas zum Guten ändern. Sie wird, wie soeben angekündigt, die ALG-II-Sätze um einen Kleckerbetrag von fünf Euro erhöhen. Mal werden es vielleicht sogar zehn Euro sein. Doch immer nur so viel, dass die Masse der vermeintlich Überflüssigen, die der Arbeitsmarkt nicht will, zwischen den Disziplinierungsmaßnahmen mit dem absolut Notwendigsten und vielleicht mal einem Billigbier ruhig gestellt wird. Es wird nie so viel sein, dass ein menschenwürdiges Leben auch ohne Arbeit möglich ist. Denn die oberste Maxime des Hartz-IV-Regimes lautet: Das Hamsterrad muss sich drehen. Es hält nämlich vor allem den Druck auf die Angestellten aufrecht, bis zum Umfallen zu ackern.

Deswegen geht es bei der Frage um eine angemessene Höhe der Hartz-IV-Regelsätze nicht um fünf, acht oder zehn Euro mehr. Es geht um eine viel grundsätzlichere Frage: nämlich darum, wie wir leben wollen – ob unter permanenter Unsicherheit und Leistungsdruck, oder ob wir endlich mal das Hamsterrad anhalten wollen. Mit Hartz IV geht das auf jeden Fall nicht.

UNTEN LINKS

In Südafrika haben Forscher die Überreste einer bislang unbekannteren Menschenart entdeckt. Spekulationen, denen zufolge es sich bei Markus Söder um einen überlebenden Nachfahren handeln könnte, hielten sich nicht lange. Experten wiesen darauf hin, dass das Gehirn von Homo naledi die Größe einer geballten Faust gehabt habe – angesichts der ständigen Ausfälle gegenüber ausländischen Gattungsgenossen gehe man bei Söder von einem geringeren Volumen aus. Auch mit Blick auf die »überraschend menschenähnlichen« Eigenschaften von Naledis sei eine Verwandtschaft praktisch ausgeschlossen. Der frühe Homo kümmerte sich gern um Seinesgleichen, eine zivilisatorische Qualität, die mit der Mitgliedschaft in der Söder-CSU offenbar nicht vereinbar ist. Naledis von jenseits der Grenze möchte diese NPD für Trachtenfreunde gern ganz abhalten. In Söders Worten: »Ist das individuelle Grundrecht auf Asyl europafähig?« Eine CSU, die solche Naledis als Minister hat, ist es nicht. *tos*



Foto: iStock/Melvin Miglin

Faire Dröhnung

Mit einer Aktionswoche feiert sich die Fairtrade-Branche selbst. Doch es gibt auch Probleme.

Berlin. Drei Prozent des in Deutschland verkauften Kaffees sind unter fairen Bedingungen hergestellt und gehandelt, acht Prozent der Bananen und immerhin ein Viertel aller verkauften Blumen. Das klingt nach nicht allzu viel, doch die Zuwachsraten steigen. Ungeachtet des höheren Preises sind viele Verbraucher bereit, faire Produkte zu kaufen – wenn auch nicht alle gleichermaßen und nicht jeden Tag.

Fairtrade-Organisationen hätten zwar die »Vision eines mündigen Verbrauchers«, sagt Georg Abel, Geschäftsführer des Verbraucher Initiative e.V. Doch sei er selbst wie auch jeder andere Kunde in seinem Verhalten oft wi-

dersprüchlich. Fair gehandelter Biokaffee und Billigtextilien im gleichen Einkaufskorb schließen sich demnach nicht unbedingt aus.

Das ist einer der Gründe, warum die Branche zwar auf Wachstumskurs ist, aber noch viel Luft nach oben hat. Genau wie Bioprodukte sind faire Schokolade, Tee und T-Shirts inzwischen in den Supermärkten angekommen, und die Akzeptanz wächst. Doch die Sparsamkeit der Bundesbürger bei Lebensmitteln – gerade mal elf Prozent des Einkommens werden hierzulande für Essen ausgegeben – und die undurchsichtige Vielzahl an Siegeln hemmen die Fair-Kaufkraft.

Viele fürchten auch, dass die Einhaltung der Standards in den Erzeugerländern nicht ausreichend kontrolliert wird und für den hiesigen Verbraucher undurchsichtig bleibt, wo das Geld tatsächlich ankommt. Diesen Kritikpunkten will die Faire Woche zum inzwischen 14. Mal entgegenzutreten. Ab Freitag wird in hunderten Städten bundesweit und international auf die Bedeutung des fairen Handels für Produzenten, Käufer und die Volkswirtschaften in globalen Süden aufmerksam gemacht. Einfach nur Kaffeetrinken oder faire Schokolade essen ist aber auch erlaubt. *grg*

Seiten 2 und 3

Österreich stellt Zugverkehr mit Ungarn ein

Flüchtlinge überqueren die Grenze zur Alpenrepublik zu Fuß / Aktivisten besetzen Gebäude in Berlin

In Zügen drängen Geflüchtete gegen Westen. Deutschland diskutiert derweil über Kosten und Arbeitsbedingungen für Asylbewerber.

Von Aert van Riel

Nach einem stundenlangen Zugstopp dürfen seit Donnerstagmorgen wieder Züge mit Flüchtlingen von Deutschland nach Dänemark fahren. Noch in der Nacht ließ die dänische Polizei rund 240 Flüchtlinge in Zügen weiterreisen. Viele der Asylbewerber wollten weiter nach Schweden, weil sie dort auf bessere Bedingungen hoffen.

Dagegen hat Österreich den Zugverkehr nach Ungarn vorübergehend eingestellt. Auf ihrer Webseite begründeten die Österreicherischen Bundesbahnen die Entscheidung mit der »massiven Überlastung« der aus Ungarn kommenden Züge. Die rechte ungarische Regierung erwägt, den

Krisenfall auszurufen und die Grenze zu Serbien effizienter abzusperren.

Am Budapester Ostbahnhof drängten sich Hunderte Geflüchtete, darunter Familien mit kleinen Kindern, vor den Bahnsteigen. Sie sind zumeist Kriegsflüchtlinge aus Syrien. Freiwillige Helfer versorgten die Wartenden mit Lebensmitteln und Kleidung. Die Schutzsuchenden wollten zum nordungarischen Grenzbahnhof Hegyeshalom fahren, um von dort nach Österreich zu gelangen. Mindestens 1000 Menschen passierten nach Polizeiangaben am Donnerstag zu Fuß die ungarisch-österreichische Grenze. Viele planen, von dort aus Deutschland zu erreichen. Am Münchner Hauptbahnhof kommen noch immer pro Tag Tausende Flüchtlinge an, seit Samstag etwa 40 000.

Insgesamt wurden seit Jahresbeginn 450 000 neu angekommene Flüchtlinge in Deutschland registriert. Angesichts dessen wird

hierzulande über die notwendigen Ausgaben diskutiert. Die Große Koalition stellt 3,5 Millionen Euro zur Unterstützung freiwilliger Flüchtlingshelfer bereit. Die

»Flüchtlinge sollen zu Bedingungen arbeiten, die denen deutscher Arbeitnehmer entsprechen.«

Reiner Hoffmann, DGB

Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), sagte, mit dem Geld sollten Ehrenamtliche qualifiziert werden.

Linksparteichefin Katja Kipping forderte einen symbolischen Akt des Bundestags. »Die Abgeordneten könnten beschließen, künftige Diätenerhöhungen für die Unterbringung von Flüchtlin-

gen zu verwenden«, sagte Kipping der »Rheinischen Post«. Zudem schlug sie vor, vor allem »Superreiche« sollten die Kosten für die Flüchtlingsaufnahme durch eine Vermögenssteuer tragen.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) appellierte an Arbeitgeberverbände und Kammern, eine Ausbildungsinitiative für Flüchtlinge zu starten. Zudem sei ein neues Einwanderungsgesetz notwendig, auch auf EU-Ebene. Derweil warnte DGB-Chef Reiner Hoffmann die Unternehmer davor, Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte einzusetzen und den Mindestlohn für sie auszusetzen.

In Berlin-Charlottenburg besetzten etwa 50 Flüchtlingsunterstützer ein leer stehendes Gebäude, das einem niederländischen Investor gehört. Sie wollten das Haus zu einer Notunterkunft für Asylbewerber machen. Die Polizei beendete die Besetzung. *Mit Agenturen*

Seiten 4, 5, 6, 7, 9 und 10

Hartz-IV-Regelsatz steigt um fünf Euro

LINKE-Chefin Kipping wirft Kabinett falsche Berechnungsgrundlage vor

Berlin. Zum 1. Januar 2016 wird der Regelsatz für alleinstehende ALG-II-Bezieher voraussichtlich marginal von 399 auf 404 Euro im Monat steigen. Dies teilte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales am Donnerstag in Berlin mit. Als Grundlage für die Berechnung der Sätze, die laut Gesetz jährlich an die Entwicklung der Preise und Nettolöhne angeglichen werden müssen, dienen weiterhin Stichproben der Konsumausgaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2008. Die Ergebnisse einer neuen Erhebung werden laut Ministerium wohl zum 1. Januar 2017 bei der Berechnung mit einfließen.

Opposition und Sozialverbände halten die Erhöhung der Regelsätze für zu gering und deren Berechnung für intransparent. »Drei Euro mehr sind ein schlechter Witz«, erklärte etwa der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes, Holger Hofmann, in Hinblick auf die geplante Aufstockung des Satzes für Kinder zwischen sieben und 14 Jahren von 267 auf 270 Euro. Die Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, warf der Bundesregierung vor, dass bei der Berechnung der Regelsätze die Ausgaben der ärmsten Haushalte beispielhaft festgehalten würden, ohne dass geprüft werde, ob es diesen Haushalten nicht bereits am Lebensnotwendigen mangelt. »Von den so statistisch ermittelten Ausgaben werden noch mal 30 Prozent abgezogen – fertig ist der Regelsatz«, so Kipping. Statt den Hartz-IV-Regelsatz um Kleckerbeträge zu erhöhen, sei eine grundlegende Neuberechnung notwendig. *spo*

Seite 5

Türkei: HDP warnt vor Bürgerkrieg

Schwere Ausschreitungen von Nationalisten gegen Kurden

Istanbul. Die Kurdenpartei HDP hat vor einem Bürgerkrieg in der Türkei gewarnt. Der Konflikt drohe zu eskalieren, erklärte die HDP am Donnerstag. Bei Demonstrationen türkischer Nationalisten gegen die kurdische Untergrundorganisation PKK war es am Dienstag zu schweren Ausschreitungen gekommen. Kurdische Bürger und Geschäfte waren am Abend das Ziel zahlreicher Gewalttaten. Die Polizei nahm 93 Personen fest.

Seit dem Scheitern eines Waffenstillstands zwischen der Regierung und der PKK eskaliert die Gewalt. Die Partei wird laut HDP ebenfalls zum Ziel: Parteibüros im ganzen Land seien von Nationalisten angegriffen worden, die Sicherheitskräfte hätten die Einrichtungen nicht ausreichend geschützt.

Die Kurdenpolitikerin Leyla Zana hat an die türkische Regierung und die PKK appelliert, ihre neuen Gefechte in Südostanatolien einzustellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Alle Parteien sollten die Waffen niederlegen, sagte Zana nach einem Bericht der Zeitung »Hürriyet« vom Donnerstag. Wenn dies nicht geschehe, werde sie in einen Hungerstreik treten, den sie bis zum Tod durchhalten werde. Lieber sterbe sie, als sich das Sterben weiter ansehen zu müssen.

Die 54-jährige Zana ist eine international bekannte Kurdenpolitikerin. *Agenturen/nd*

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Warum brauchen Flüchtlinge Smartphones? Antworten auf die 25 häufigsten Fragen zum Thema

Noch viel schlimmer als gedacht: Das Elend mit der Statistik

Vor der Regionalwahl: Die Linke in Katalonien

ISSN 0323-3375

